



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 16. Oktober 2012

Bericht aus Berlin 11/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Schwarz-Gelb trat 2009 an als „bürgerliche“ Koalition. CDU, CSU und FDP posierten als Repräsentanten des leistungsorientierten Bürgertums. Die Fassade fiel schnell in sich zusammen: Regierungschao, Klientelpolitik, Steuerprivilegien, FDP-Parteileute, die ohne jede Scham reihenweise Staatsämter als Beute kassieren. Und eine große Scheinheiligkeit, wo es um Anstand und Moral geht. Dieses Muster zeigt sich jetzt wieder in der **Debatte um die Nebeneinkünfte** von Abgeordneten. Zuerst spuckten die Generalsekretäre große Töne, Peer Steinbrück müsse alle Einkünfte aus seinen Reden offen legen. Dann aber fiel auf, dass Union und FDP 2005 schon die Verschärfung der Transparenzregeln durch Rot-Grün, die heute gelten, abgelehnt hatten. Noch 2010 hat sich Schwarz-Gelb unserem Vorstoß widersetzt, die über 7.000 Euro hinausgehenden Nebeneinkünfte genauer erkennbar zu machen. Jetzt fordern wir die Scheinheiligen von Schwarz-Gelb zum Schwur.

Alle Nebeneinkünfte sollen in den konkreten Summen und mit den konkreten Auftraggebern oder Vertragspartnern gemeldet werden, und zwar nicht nur dem Bundestagspräsidenten, sondern öffentlich einsehbar für jeden, der es wissen will. So kommen auch Nebenverdienste von 300.000, 400.000 oder 500.000 Euro auf den Tisch. Doch wen wundert's: Union und FDP mauern wieder, weil es um ihre eigenen Leute geht, die den Schatten suchen und das Licht der Öffentlichkeit scheuen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Strompreise - Merkel: „No risk, no fun.“

Wie Angriffe von Schwarz-Gelb auf SPD und Grüne nach hinten los gehen, zeigt auch die Auseinandersetzung um steigende EEG-Umlage und Strompreise. Rot-Grün soll die Schuld an den heutigen Preissprüngen zugeschoben werden. Das soll wohl von dem beispiellosen energiepolitischen Versagen der Regierung Merkel ablenken. Tatsache aber ist, was Bundesumweltminister Altmayer am Wochenende zugab: „Das EEG hat zehn Jahre gut funktioniert.“

Richtig, anders wäre die erfolgreiche Markteinführung der Erneuerbaren Energien, die heute einen Anteil von 25 Prozent ausmachen, gar nicht möglich gewesen. Durch die schwarz-gelbe Planlosigkeit allerdings sind die Probleme entstanden. Die Entlassung Röttgens durch Merkel war rabiat, aber kein Zufall. Nur hat das nicht viel gebracht. Das Chaos in der Bundesregierung treibt die Energiepreise nach oben.

Ein Beispiel: Die Befreiung energieintensiver Betriebe von der EEG-Umlage, die im internationalen Wettbewerb stehen. Unter Rot-Grün waren ursprünglich rund 400 Betriebe befreit. Heute sind es bereits doppelt so viele und für 2013 haben sogar über 2.000 Unternehmen einen Antrag auf Befreiung gestellt. SchwarzGelb hat ein industriepolitisch sinnvolles und von uns gezielt eingesetztes Instrument massiv ausgeweitet, überdehnt und diskreditiert. Viele Unternehmen nehmen diese Ausnahmen heute zu Unrecht in Anspruch. Weder sind sie energieintensiv, noch stehen sie im internationalen Wettbewerb. In den Medien kursieren täglich die absurdesten Beispiele - von Bäckereien bis zu Golfplätzen. Solche mit der Gießkanne breit ausgeteilten Subventionen lassen die EEG-Umlage erheblich steigen. Sie tragen zur Verteuerung für den privaten Verbraucher bei. Darunter sind Menschen mit geringem Einkommen besonders verwundbar. Für sie sind die prognostizierten 60 Euro mehr im Jahr kein Pappentier. Die Angst vor Überlastung wächst.

Merkel hat darauf bei einer CDU-Veranstaltung am Wochenende nur eiskalt geantwortet: „no risk, no fun!“ - Merkels Spaß an einem Strompreisisiko, das sie selbst heraufbeschworen hat, wird kaum jemand mitempfinden, der betroffen ist. Nicht die deutsche Industrie, die für Hunderttausende hochwertiger Arbeitsplätze steht. Nicht die Arbeitnehmer, die auf jeden Euro achten müssen. Wir sagen: Strom darf kein Luxusgut werden, nur weil sich eine Kanzlerin den Luxus der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortungslosigkeit leistet!

Schwarz-Gelb ist energiepolitisch unbelehrbar. Das galt schon zu Oppositionszeiten, als CDU, CSU und FDP immer wieder versprachen, den Atomkonsens aufzukündigen und den Atomausstieg rückgängig zu machen. Und es gilt seit drei Jahren in verschärfter Weise. Die Regierung Merkel begreift nicht, dass das Qualitätssiegel der deutschen Energiepolitik immer die Verlässlichkeit, die Planungssicherheit und die vorausschauende Investitionstätigkeit war. Wer regierungsamtlich immer neues Chaos anrichtet, der zerstört immer neu das Vertrauen, das für langfristige Investitionen erforderlich ist. So bleibt unklar, wo die Kraftwerke sind, die Reservekapazitäten vorhalten. So wurden Investitionen in Stromspeicher verschleppt. So wurde der Netzausbau verschleppt. So gerät die Netzanbindung von Offshore-Windanlagen in Gefahr. Und am Ende wird jetzt auch die Haftung für dieses Risiko durch eine neue Umlage auf die Verbraucher abgewälzt. Wir brauchen eine solide Ordnung des Strommarktes. Der Netzausbau



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

muss mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien synchronisiert werden, und bei einem hohen und wachsenden Anteil der Erneuerbaren an der Energieversorgung müssen sie auch einen entsprechenden Beitrag zur Netzstabilität leisten. Wir müssen die Frage nach den notwendigen Reservekapazitäten beantworten. Wir müssen die unausgeschöpften Chancen, durch Effizienzgewinne Kosten zu senken, wieder stärker nutzen und entsprechende Investitionen auf den Weg bringen. Das ist der Weg in die Zukunft! Die Erneuerbaren zu verteufeln und ihren Ausbau fantasielos lahmzulegen, wie Schwarz-Gelb es will, das ist der Weg zurück in die Vergangenheit.

Europa - neues Wachstum und Industriepolitik müssen auf die Agenda

Zum Europäischen Rat in dieser Woche sehen wir ein leider vertrautes Bild: Längst ist doch klar - die IWF-Chefin Lagarde hat es ausgesprochen -, dass Griechenland in der Rezessions-Schulden-Spirale steckt und den im letzten Rettungspaket zugrunde gelegten Pfad finanzieller Gesundung nicht fristgemäß erreichen kann; längst ist auch klar, dass Spanien sein Bankenproblem und die rezessionsbedingt ausfallenden Privatschulden nicht im Griff hat. Die Regierung Merkel aber windet sich, statt die Wahrheit auszusprechen. Das gilt auch für die Rolle der EZB, die angekündigt hat, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen. Zu keiner dieser brennenden Fragen gibt Merkel eine Antwort. In keiner ihrer Regierungserklärungen von diesem Jahr hat sie die EZB auch nur mit einem Wort erwähnt! Uns ist seit langem klar, dass Hilfskredite zwar nötig sind, aber allenfalls Zeit kaufen, um die Probleme der Eurozone an der Wurzel zu packen. Wenn wie heute *jeder Vierte* in den Krisenländern arbeitslos ist und *jeder zweite Jugendliche* keine Perspektive auf einen Job hat, dann ist mit der Krisenpolitik in den letzten drei Jahren etwas furchtbar schief gegangen. Deshalb haben wir bei den Verhandlungen über den Fiskalpakt im Juni gegen den Widerstand der schwarz-gelben Koalition durchgesetzt, nicht mehr abzuwarten, sondern bei der Finanztransaktionssteuer gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Euroländern voranzugehen. Sie hilft, das Verhältnis zwischen aufgeblasenen Finanzmärkten und notleidender Realwirtschaft in eine neue Balance zu bringen. Mit dem Aufkommen dieser Steuer können wir höhere Investitionen in neue Wertschöpfung und Beschäftigung finanzieren. Der Kurswechsel zu dieser Investitionsstrategie gehört jetzt auf die Agenda. Wir haben im Juni einen Wachstums- und Beschäftigungspakt für Europa auf die Tagesordnung gesetzt. Dass auf dem EU-Gipfel in dieser Woche erstmals prominent das Thema „Industriepolitik“ steht, hat mit unserer Beharrlichkeit zu tun.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Recht auf Ausbildung für Jugendliche einführen

Auf dem Ausbildungsmarkt klafft eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Das Ausbildungsangebot ist zwar im letzten Jahr gestiegen. Und jeder dritte Betrieb kann Ausbildungsplätze nicht besetzen. Gleichzeitig aber finden viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und verbleiben im Übergangssystem. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, Jugendlichen das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung zu garantieren. Jugendliche ohne betrieblichen Ausbildungsplatz sollen einen öffentlich geförderten Ausbildungsplatz erhalten. Sozialpartner sollen Qualifizierungs- und Branchenfonds gründen können. Gemeinsam mit den Bundesländern muss das Übergangsmanagement verbessert werden. Die Berufseinstiegsbegleitung ist zu stärken und ausbildungsbegleitende Hilfen sind weiter zu fördern. Ein Konzept für die Weiterqualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss ist vonnöten. Berufsorientierung muss in den Schulen und bei der Lehrerausbildung verankert werden.

Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt integrieren

Menschen mit Migrationshintergrund haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Menschen ohne Migrationshintergrund. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, Diskriminierung mit gesetzlichen Regelungen vorzubeugen. Anonyme Bewerbungsverfahren sind einzuführen. Unternehmen und öffentlicher Dienst müssen sich verpflichten, den Anteil Beschäftigter mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Ausländische Berufsabschlüsse müssen anerkannt werden. Arbeitsmarktpolitische Instrumente sind besser auf Menschen mit Migrationshintergrund auszurichten. Ein gesondertes Arbeitsmarktprogramm „Perspektive MigraPlus“ ist vonnöten. Unternehmen sind dafür zu gewinnen, junge Menschen mit Migrationshintergrund auszubilden. Zudem ist die berufliche Deutschförderung auszubauen.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Energiewende sozialverträglich umsetzen

Die Energiewende muss sozialverträglich, gerecht und transparent gestaltet werden. Um Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz zu gewährleisten, wird eine konsistente Strategie benötigt. Die Bundesregierung hat diese bisher nicht vorgelegt. In unserer Großen Anfrage thematisieren wir Ausbaupläne und Kostenentwicklung bei den Erneuerbaren Energien. Auch die Entwicklung der Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)-Umlage sowie die Kosten und Umweltlasten der konventionell-fossilen Energienutzung werden beleuchtet. Wir fragen nach Plänen, den Preisbildungsmechanismus an der Strombörse zu regulieren. Zudem eruieren wir, wie der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch für Wärme erhöht werden soll. Darüber hinaus interessieren uns die Finanzierung, Wirtschaftlichkeit und die sozialen Folgen der energetischen Gebäudesanierung. Die Investitionen in den Netzausbau sowie die Maßnahmen zur Steigerung und Kostenersparnis von Energieeffizienz werden thematisiert. Es geht uns auch darum, Verbraucherinnen und Verbraucher über die Kosten der Energiewende zu informieren. Schließlich wollen wir wissen, wie Preissteigerung durch die Versorgungsunternehmen verhindert werden können.

Lebensmittelverluste reduzieren

In Deutschland werden jedes Jahr elf Millionen Tonnen Lebensmittel von Industrie, Handel, Großverbraucher und Privathaushalten weggeworfen. In unserem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, wissenschaftliche Studien zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen auszuwerten. Gemeinsam mit Landwirten, Herstellern, Handel, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der Zivilgesellschaft soll eine Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung erarbeitet werden. Vereinbarungen mit der Wirtschaft sollen Anreize zur Abfallreduzierung schaffen. Darüber hinaus sind Informations- und Aufklärungskampagnen für Verbraucherinnen und Verbraucher vonnöten. Ziel ist es, Lebensmittelverluste bis 2020 zu halbieren.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dispositionszinsen verbrauchergerecht gestalten

Die Zinssätze für vereinbarte oder geduldete Kontoüberziehungen sind unverhältnismäßig hoch. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Zinssätze gesetzlich zu deckeln. Für vereinbarte Überziehungen dürfen keine Kosten anfallen, die mehr als acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz liegen. Bei geduldeten Überziehungen sind Banken verpflichtet, auf günstigere Kreditprodukte hinzuweisen. Zudem soll die Preistransparenz bei Überziehungskrediten verbessert werden. Die Bundesregierung soll dem Bundestag alle zwei Jahre über die Zinsentwicklung bei Kreditprodukten berichten. Eine Erhebung dieser Daten auf europäischer Ebene ist zu erwägen.

Städtebauförderung erhalten

Die Kürzungen bei der Städtebauförderung der letzten beiden Jahre gefährden wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt in Städten, Gemeinden und Regionen. Stadtentwicklung muss wieder in den Fokus bundespolitischer Verantwortung rücken. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Städtebauförderung gemeinsam mit den Ländern fortzuführen, anzuheben und verlässlich zu finanzieren. Das Programm „Soziale Stadt“ muss weiter geführt und seine Bundesmittel sollen aufgestockt werden. Dies soll auch für die Programmlinien „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ gelten. Die Kompensationszahlungen an die Länder für die ehemalige soziale Wohnraumförderung und Gemeindeverkehrsfinanzierung sind fortzuführen. Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die städtische Dimension in der europäischen Kohäsionspolitik erhalten bleibt.

Programm „Soziale Stadt“ weiter entwickeln

Lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dennoch hat die Bundesregierung 2010 die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um 70 Prozent gekürzt. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, für eine verlässliche Mittelausstattung der Städtebauförderung mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

sorgen. Das Programm soll zum Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt weiter entwickelt und entsprechend finanziert werden. Der kooperative, fachübergreifende und partizipierende Ansatz des Programms ist zu stärken. Die Verzahnung mit öffentlichen Institutionen ist sicher zu stellen. Auf europäischer Ebene soll auch im europäischen Strukturfonds die soziale Dimension der Stadtentwicklung als Förderziel festgelegt werden.

Menschenverachtende Gewalttaten bestrafen

Die Zahl der Gewalttaten gegen Personen wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Hautfarbe, Religion, Behinderung, sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status ist erschreckend hoch. Diese Taten haben einen hohen Unrechtsgehalt. Denn ihre Opfer werden nicht als Individuen, sondern als Vertreter einer als minderwertig angesehenen Gruppe behandelt. Zudem sind die Taten oft brutaler und rücksichtsloser als andere Gewaltdelikte. Dies stört den sozialen Frieden und verunsichert Bürgerinnen und Bürger. Unser Gesetzentwurf sieht daher vor, dass menschenverachtende, rassistische und fremdenfeindliche Beweggründe als strafscharfende Umstände gelten.

Neues Waffenrecht evaluieren

Das Waffenrecht wurde nach dem Amoklauf von Winnenden und Wendlingen in der letzten Legislaturperiode verschärft. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD haben damals die Bundesregierung in einem gemeinsamen Entschließungsantrag aufgefordert, die Regelungen zur sicheren Aufbewahrung und zum Schutz vor unberechtigtem Zugriff bis Ende 2011 zu evaluieren. Auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung enthält dieses Ziel. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, diese Regelungen zu evaluieren. Dabei soll wissenschaftlicher Sachverstand einbezogen werden. Der Evaluierungsbericht ist dem Bundestag vorzulegen. Zudem fordern wir die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder auf, den „Bericht der Expertengruppe Evaluierung Waffenrecht“ freizugeben.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Westlichen Balkan auf dem Weg in die EU unterstützen

Die Perspektive des EU-Beitritts hat in den Ländern des westlichen Balkans wichtige Reformprozesse angeregt. Diese Dynamik wird sich nur fortsetzen, wenn die Länder dabei weiter unterstützt werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft für alle Länder des westlichen Balkans aufrecht zu erhalten. Die Staaten sollen bei ihren Reformbemühungen unterstützt werden. Es müssen ausreichende Mittel für ihre politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung zur Verfügung stehen. Der EU-Beitrittsvertrag Kroatiens soll bald von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Serbiens Reformbemühungen sind zu unterstützen und Beitrittsverhandlungen mit Montenegro zu eröffnen. Der Kosovo soll von allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden. Mazedoniens Integration in die NATO ist zu überprüfen.

Frauen schützen, UN-Resolution 1325 umsetzen

Die UN-Resolution 1325 hat zum Ziel, Frauen in bewaffneten Konflikten zu schützen und in die Konfliktbewältigung und -prävention einzubinden. Die Resolution wird nur schleppend umgesetzt. Der UN-Generalsekretär hat daher alle Länder aufgefordert, Nationale Aktionspläne vorzulegen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die UN bei der Umsetzung der Resolution 1325 zu unterstützen. Ein Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution ist vorzulegen. Er muss ausreichend budgetiert werden. Zudem soll die Bundesregierung einen Resolutionsentwurf in den UN-Sicherheitsrat einbringen, der einen Rechenschaftsmechanismus für die Resolution 1325 fordert.